7. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 522

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 3. November 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Stresemann zurückgekehrt.

Montag wieder Uebernahme der Geschäfte.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist heute vormittag Uhr wieder in Berlin eingetroffen. Auf dem Bahnsteig des damer Bahnhofs hatten sich zu seiner Begrüssung seine in und sein Sohn Wolfgang sowie die Ministerialdirektoren ke, Schneider und Zechlin eingefunden. Der Minister, der offensichtlich recht gut erholt hat und einen frischen Eink machte, wird seine Amtsgeschäfte, wie gemeldet, am menden Montag wieder übernehmen. Eine der dringlich, Arbeiten, die in seinem Amte zu erledigen sind, ist Frage der Sachverständigenkommission zur Revision Dawes-Planes. Gerade in dieser Frage hat sich den vergangenen Tagen mehr als einmal get, dass gewisse Ressortschwierigkeiten bestehen, en nun hoffentlich durch den Aussenminister ein schnelles e gemacht wird. Die Antworten der Mächte auf den Schritt deutschen diplomatischen Vertreters liegen noch nicht vor. r aus den verschiedensten Anzeichen lässt sich der Schluss en, dass sie in der ersten Hälfte der kommenden Woche einfen werden. Auch Einzelheiten über die Unterredungen, die ker Gilbert mit Poincaré in Paris hatte, bei denen es ihm in issem Umfange gelungen zu sein scheint, französische Widerde zu überwinden, sind hier noch nicht bekannt. Trotzdem glaubt man in hiesigen unterrichteten Kreisen, dass die Zusammensetzung des Dawes-Komitees aus Sachverständigen im wesentlichen als gesichert angesehen werden kann. Nach Eingang der Antwort der Mächte wird sich das Reichskabinett unter Teilnahme Dr. Stresemanns auf der Grundlage dieser Antworten erneut mit dem Sachverständigenkomitee befassen.

Weiter wird sich der Aussenminister auch über die Nachfolge für Graf Brockdorff-Rantzau schlüssig werden müssen. Es ist anzunehmen, dass die Entscheidung über seinen Nachfolger nunmehr in kürzester Frist fällt. Der Reichsaussenminister wird, wie wir hören, vielleicht heute noch oder am Montag dem Reichspräsidenten einen Besuch abstatten. Ob schon bei dieser Gelegenheit die Frage der Nachfolge für den Moskauer Botschafterposten zur endgültigen Erledigung kommt, steht noch nicht fest.

*

Wir geben unserer Freude darüber Ausdruck, dass der Aussenminister in voller Frische in sein Amt zurückgekehrt ist, und wissen uns darin einig mit den weitaus grössten und besten Teilen des deutschen Volkes.

Der Fortgang der Pariser Verhandlungen.

Parker Gilbert spricht Pirelli.

(Telegramm unseres Pariser Bureaus.)

✕ PARIS, 3. November.

Der italienische Delegierte für die Sachverständigenmission, Pirelli, ist gestern, von London kommend, in is eingetroffen und hat mit dem Reparationsagenten ker Gilbert zu Abend gegessen. Die Unterredung, beide Herren bei dieser Gelegenheit gehabt haben, egt hier kein besonderes Aufsehen, da Parker Gilbert nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Rom ben konnte, um die italienische Regierung über seine bereitenden Verhandlungen in London, Paris und ssel zu unterrichten und die italienischen Wünsche uhören.

Ueber die Haltung Italiens erklärt Saint Brice im „Journal", s Italien ebenso wie England der Meinung ist, die deutschen lungen müssten vor allem die Rückerstattung der italienischen egsschulden sichern. Italien erhalte nur 10 Prozent von den tschen Zahlungen, die für die Tilgung seiner in England und erika aufgenommenen Schulden nicht ausreichen. Ausserdem ke Italien mit einem gewissen Neid auf Frankreich, das ser den für die Schuldentilgung notwendigen Beträgen noch a 500 Millionen Mark jährlich von Deutschland für den deraufbau der zerstörten Gebiete bekomme. Italien seien zwar für die Wiederherstellung seiner zerstörten Gebiete 25 Prozent von den Zahlungen der früheren Verbündeten Deutschlands zugesprochen worden, aber diese Zahlungen lösten sich allmählich in ein Nichts auf. Die italienische Regierung werde bei der endgültigen Regelung des Reparationsproblems auf diese Tatsache hinweisen.

„Petit Parisien" tritt der Behauptung entgegen, dass die neuerliche Reise Parker Gilberts nach Paris erst nach Eintreffen des Berichts des deutschen Botschafters über seine Unterredungen mit Briand und Poincaré beschlossen worden sei, weil aus diesem Bericht hervorgehe, dass die französische Regierung, im Gegensatz zu den anderen Kabinetten, gegen die Wahl unabhängiger Sachverständiger sei. „Petit Parisien" hält diese Behauptung für ein deutsches Manöver, durch das Frankreich in Widerspruch zu seinen Alliierten gebracht werden soll. Das Blatt fügt hinzu, dass der Reparationsagent heute noch dem Ministerpräsidenten einen Besuch abstatten werde, um ihn über seine Unterredungen mit den Mitgliedern der deutschen Regierung zu unterrichten.

Auch der „Matin" beschäftigt sich heute mit der Wahl der Sachverständigen. Die Zeitung führt aus, dass es auf den Sinn ankomme, den man dem Worte „unabhängig" beilegen wolle. Wenn die deutsche Regierung unter unabhängigen Persönlichkeiten Männer von grossem Format verstehe, die nicht einfache Ministerialbeamte sind, könne das französische Interesse mit den deutschen Wünschen leicht in Einklang gebracht werden.

Neue Rücktrittsdrohung Poincarés.

Er will beschleunigte Budgetberatung erzwingen.

(Telegramm unseres Pariser Bureaus.)

✕ PARIS, 3. November.

Die im gestrigen Ministerrat angenommenen neuen Fassungen Artikel 70, 71 und 71a des Budgetentwurfs sind nicht, wie prünglich beabsichtigt war, sofort dem Finanzausschuss der mmer zur Beratung übermittelt worden, sondern werden ihm nach der Wiedereröffnung der Kammer unterbreitet werden. Ausschuss wird dann, während im Plenum über das Ausgabeget beraten wird, genügend Zeit haben, um sich über die neue sung der Artikel auszusprechen. Der Finanzausschuss hat ern in einer Nachtsitzung die Budgetberatung beendet. Da Kommission während der Vormittagssitzung einige Steuerässigungen für Kleinrentner, Kleinindustrielle und Handker angenommen hatte, die das Budgetgleichgewicht behen, war der Ministerpräsident gebeten worden, in der Nachtung zu erscheinen, um sich über diesen Beschluss zu äussern. ncaré erklärte offen, dass er mit diesen Aenderungen nicht erstanden sei und dass er sich vorbehalte, sie in der Kammer bekämpfen. Der Ministerpräsident wiederholte dann mit hdruck seine frühere Erklärung,

dass er, falls das Budget nicht bis 31. Dezember vom Parlament verabschiedet sei, von seinem Posten zurücktreten werde.

Nachdem Poincaré die Sitzung verlassen hatte, beriet der Ausschuss in zweiter Lesung über die in der Vormittagssitzung angenommenen Steuerermässigungen. Diese wurden mit nur unwesentlichen Aenderungen aufrechterhalten, jedoch wurde der Höchststeuersatz für die Einkommensteuer von 33 auf 35 Prozent erhöht. Es ist jedoch fraglich, ob sich Poincaré mit dieser Massnahme begnügen wird. Auf jeden Fall muss man auf heftige Auseinandersetzungen in der Kammer gefasst sein. Am Schlusse der Kommissionssitzung wurde noch ein Antrag Renaudel angenommen, der die Regierung auffordert, künftig das Budget so rechtzeitig einzubringen, dass eine gewissenhafte Ausschussberatung möglich ist. Ausserdem wurde ein weiterer Antrag gebilligt, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach das Finanzjahr künftig mit dem 1. April beginnen soll.

Litauen, Polen und der Völkerbund.

Von

Dr. Karl Johann von Voss.

Heute, am 3. November, beginnt in Königsberg aufs neue die polnisch-litauische Konferenz, die nochmals den Versuch machen soll, entsprechend den Wünschen des Völkerbundes, einen Modus vivendi zwischen den beiden Staaten zu finden.

KAUNAS (Kowno), im Oktober.

Es wurde hier schon gesagt, die vier baltischen Staaten, die ihre Lebensfähigkeit und ihre Existenzberechtigung inzwischen erwiesen haben, seien sich darüber klar, dass die Behauptung ihrer Selbständigkeit auf die Dauer nicht von irgendwelchen Bündnissen abhängen könne, sondern lediglich davon, ob, wie schnell und in welchem Umfang sich das Recht an Stelle der Macht als entscheidender Faktor in den Beziehungen der Staaten untereinander durchsetzen wird. Während die Gefahren von aussen bei den übrigen baltischen Staaten gegenwärtig nicht akut erscheinen (wenngleich sie jeden Augenblick akut werden können, sobald die Ostfragen überhaupt aus irgendeinem Anlass ins Rollen kommen sollten), so befindet sich Litauen schon jetzt durch seinen Konflikt mit Polen in einer unmittelbar gefährdeten Lage und ist schon jetzt, wo die internationale Rechtsorganisation noch auf schwachen Füssen steht, genötigt, bei ihrem Hüter, dem Völkerbund, Zuflucht und Schutz zu suchen.

Dass die Gefährdung ernst ist, steht ausser Zweifel. Denn die „Angliederung" Litauens ist in Polen ein in vielen und auch in einflussreichen Kreisen populärer Gedanke, und es ist noch nicht so lange her, dass Pilsudski in einem Interview mit einem Vertreter der amtlichen polnischen Telegraphenagentur erzählte, dass er in einer schlaflosen Nacht überlegt habe, ob er nicht die Mobilisierung gegen Litauen anbefehlen müsse. Auf aktive Hilfe von anderer Seite hat Litauen dabei schwerlich zu rechnen. Gerade von Russland, in dem die übrigen baltischen Schwesternstaaten eine Gefährdung ihrer Zukunft erblicken, wird die Selbständigkeit Litauens zwar gestützt, weil sie den Keil bildet, der ein baltisches Bündnis unter polnischer Führung verhindert hat, und weil ein polnisches Litauen den Schlusstein in der Karriere zwischen Russland und Deutschland bilden würde. Aber man ist sich in Kaunas kaum im unklaren darüber, dass die Sowjetunion sich, selbst bei flagranter Verletzung sehr wichtiger Interessen, kaum entschliessen dürfte, zu marschieren, wenn sie nicht direkt angegriffen wird. Und dem Deutschen Reich, dass aus ähnlichen Gründen wie Russland und besonders noch wegen der verzweifelten Umzingelung, in die Ostpreussen durch eine Angliederung Litauens an Polen geraten würde, den grössten Wert auf die Aufrechterhaltung der litauischen Selbständigkeit legen muss, sind durch die im Versailler Vertrag geschaffene Lage die Hände gebunden.

In Anbetracht dieser Umstände ist es geradezu bewunderungswürdig, mit welcher Festigkeit und Kühnheit — oder soll man sagen: mit welchem Gottvertrauen — das kleine Litauen seine Rechte vertritt, und es ist immerhin ein erfreuliches Zeichen für die Festigung, die das internationale Rechtsbewusstsein und seine Organisation in den letzten Jahren erfahren hat, dass der Schutz des Völkerbundes sich an Litauen bisher leidlich bewährt hat. Den polnischen Gewaltstreich, der entgegen den bestehenden Verträgen Litauen das Wilnagebiet entriss, hat der Völkerbund zwar nicht rückgängig zu machen vermocht, und es hat sich vergeblich bemüht, den Streit zu schlichten. Aber das war in den Jahren 1921 und 1922, und später hat er es abgelehnt, sich die ungerechte Entscheidung der Botschafterkonferenz zu eigen zu machen, die 1923 den Versuch machte, jenen Gewaltstreich zu legalisieren und, auf Drängen Polens und Frankreichs, ohne irgendwelche Legitimation zu solchem Unterfangen, das Wilnagebiet Polen zusprechen wollte. Erst unlängst sind die drei erschöpfenden Gutachten erschienen, in denen zwei bedeutende französische und ein russischer Völkerrechtslehrer, de Lapradelle, le Fur und Mandelstam, alle drei Mitglieder des Instituts de Droit International, einstimmig zu dem Ergebnis gelangen, dass jene Entscheidung der Botschafterkonferenz in keiner Weise für Litauen verbindlich sei.

Nachdem es ihm nicht gelungen ist, den verletzten Rechtszustand wiederherzustellen, betrachtet auch der Völkerbund die Frage der litauisch-polnischen Grenze wenigstens nach wie vor als strittig. Ja, noch mehr: obgleich der gegenwärtige litauische Ministerpräsident so